



## «Inakzeptabel» heisst es in der Westschweiz – die Deutschschweizer sind gespalten

**Reaktion** In der Romandie entlädt sich viel Frust über den Bundesrat. Diesseits des Röstigrabens sieht es jeder Kanton ein bisschen anders.

**Philippe Reichen**

und **Christoph Lenz**

Im Stolz verletzt. In der Kompetenz beschnitten. Und wütend auf die undisziplinierten, entscheidungsscheuen Deutschschweizer. Westschweizer Regierungsräte waren gestern reihum damit beschäftigt, sich zu sammeln, ihre Emotionen zu kontrollieren und die am Dienstag von Alain Berset präsentierten Pandemiemassnahmen einzuordnen.

Eben noch freute man sich in der Romandie auf das Ende des siebenwöchigen Mini-Lockdown. Das realistische Szenario ist nun, dass der Bund die Kantone mit neuen Restriktionen für Gastronomie und Kultur übersteuert. Es geht vom einen Lockdown nahtlos in den nächsten.

Am deutlichsten wird der Unmut in der Protestnote, die die Waadtländer Kantonsregierung am späten Mittwochnachmittag nach Bern schickte. Absender: alle Westschweizer Kantone ausser Genf. Im Schreiben heisst es: «Die Westschweizer Regierungen finden es inakzeptabel, dass den Kantonen solch restriktive Bestimmungen auferlegt werden.»

Sie hätten schwierige und schmerzhaft Entscheidungen getroffen, Verantwortung übernommen, beträchtliche finanzielle Unterstützung geboten und für einen interkantonalen Dialog gesorgt, schreiben die Regierungen. Man wolle ab dem 19. Dezember Theater und Kinos öffnen und Kulturveranstaltungen durchführen und keine Schliessung des öffentlichen Lebens an Sonn- und Feiertagen. Restaurants sollen darüber hinaus bis 23 Uhr offen bleiben und nicht um 19 Uhr schliessen müssen.

Dem Protestbrief waren zähe Verhandlungen vorausgegangen, die sich über den ganzen Tag hinzogen. Die von SP und Grünen dominierte Waadtländer Regierung drängte schon am Mittwochmorgen darauf, dass die Westschwei-



Esther Waeber-Kalbermatten (VS), Bruno Damann (SG). Fotos: Keystone  
zer Gesundheitsdirektoren eine Protestnote senden. Das zeigen Recherchen dieser Zeitung.

Der kantonale Unternehmerverband heizte den Protest der Regierungen noch zusätzlich an. Man habe «mit Erstaunen und Bestürzung von den Vorschlägen erfahren», schrieb das Waadtländer Centre Patronal in einem Communiqué. Die Vorschläge aus Bern seien «inkonsequent, treten den Föderalismus mit Füßen, bestrafen diejenigen, die sich als gute Schüler erwiesen haben, und missachten die Grundsätze der Eigenverantwortung; sie müssen entschieden abgelehnt werden.»

Die ansonsten streitfreudigen Genfer empfanden den ersten Entwurf aus dem Kanton Waadt allerdings als zu offensiv. Tagsüber liefen die Drähte zwischen den Gesundheitsdirektoren heiss. Zwischenzeitlich schien es, als würde die Blockbildung misslingen, ehe in letzter Minute dann doch eine Verständigung gelang.

Doch gerade in zweisprachigen Kantonen bleibt man vorsich-

tig. Die Walliser Gesundheitsdirektorin Esther Waeber-Kalbermatten (SP) anerkennt: «Die Pandemiesituation ist kritisch. Die Fallzahlen sind im ganzen Land noch immer hoch. Wir brauchen nationale Massnahmen, auch weil es in der Schweiz bekanntlich eng und die Bevölkerung äusserst mobil ist.»

Der Genfer Gesundheitsdirektor Mauro Poggia (Mouvement Citoyens Genevois) sieht grundsätzliche Widersprüche zwischen den Zielen und den Vorschlägen des Bundesrats. Er sagt: «Die Sonntagsverkäufe vor Weihnachten sollten wir auf keinen Fall streichen, sonst drängen sich unter der Woche ja noch mehr Leute in die Läden, was epidemiologisch kein Sinn macht.»

### Die einen frustriert, die anderen erfreut

Diesseits des Röstigrabens ist die Gefühlslage weniger einheitlich. Besonders gross war der Frust im Baselbiet. Dessen Regierung bezeichnet das Vorgehen als «äusserst befremdend». Sie sei besorgt, dass die föderalistische Zusammenarbeit dadurch «im höchsten Mass gefährdet» werde. In der Bevölkerung verursache die angekündigte Übersteuerung der Kantone ein grosses Mass an Verärgerung und Unsicherheit, was dem konsequenten Einhalten von Massnahmen abträglich sei.

Eher gleichmütig äusserte sich der St. Galler Regierungspräsident Bruno Damann zum Diktat aus Bern: «Der Bundesrat greift jetzt enorm stark in die einzelnen Kantone ein.» Man wolle sich zwar gegen die Mass-

# Basler Zeitung



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
bazonline.ch/

Genre de média: Médias imprimés  
Type de média: Presse journ./hebd.  
Tirage: 38'978  
Parution: 6x/semaine

Page: 4  
Surface: 41'956 mm<sup>2</sup>

Ordre: 1095432      Référence: 79197426  
N° de thème: 999.099      Coupure Page: 2/2



CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS

nahmen «nicht gross auflehen». Die Kantonsregierung erwarte aber, dass der Bundesrat die ausserordentliche Lage gemäss Epidemienengesetz ausrufe. Positiv hingegen äusserte sich der Kanton Aargau. Die Staatskanzlei teilte mit, dass die Vorschläge des Bundesrates der Stossrichtung entsprächen, die der Kanton Aargau für die nächsten Wochen vorgesehen habe. Besonders begrüsse der Aargauer Regierungsrat, dass die bundesrätlichen Massnahmen einheitlich für das ganze Land gelten sollen.